

JULIAN MARIOULAS

## VERANTWORTUNG IN DER KRISE

OHNE SELBSTKRITIK WIRD DIE FRÜHERE REGIERUNGSPARTEI AKEL KEINE LÖSUNG FÜR DIE ZYPRISCHE MISERE FINDEN KÖNNEN

Nur wenige Tage nach der Wahl des konservativ-liberalen Präsidenten Nikos Anastasiades brach auf Zypern das von der EU verordnete Chaos aus. Mit dem Vorschlag, selbst kleinere Vermögen unterhalb der unionsweiten Einlagegarantie von 100.000 Euro als Teil eines Banken-Bailouts zu besteuern, diskreditierte sich der neue Präsident ebenso wie die EntscheidungsträgerInnen in Brüssel. Nicht nur die Motive, sondern auch die finanzpolitische Kompetenz der PolitikerInnen wurden infrage gestellt. Die Verantwortlichen ruderten zwar schnell zurück, doch die Probleme sind weiterhin ungelöst. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird sich die reformkommunistische AKEL, die bis Februar 2013 noch den Regierungschef stellte, als stärkste Gegnerin der nun anstehenden Austeritätspolitik positionieren. Ihre AnhängerInnen haben den Protest bereits auf die Straße getragen. Dabei sollten sich die KommunistInnen daran erinnern, dass sie für die zyprische Misere mitverantwortlich sind. Nur dann werden sie in der Lage sein, eine Perspektive zu erarbeiten, die aus dieser Krise herausführt.

Unter den europäischen Linksparteien war und ist die zyprische Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou, AKEL) ein Sonderfall. Nicht nur, weil sie auch nach 1991 ihre kommunistische Identität beibehielt. Während andere traditionsreiche Parteien der Linken in dieser Zeit in der Bedeutungslosigkeit versanken, konnten die zyprischen Kommunisten ihre Stellung auf der Insel noch stärken. Zugleich passte sich die Partei den neuen Realitäten an, sprach sich für eine EU-Mitgliedschaft aus und sah in ihren Wahlprogrammen davon ab, das Wirtschaftssystem der Insel grundlegend infrage zu stellen. Ihrem Selbstverständnis nach war und ist die AKEL primär durch den Kampf um Souveränität geprägt – zunächst gegen die britische Kolonialherrschaft, nach der Unabhängigkeit im Jahr 1960 dann gegen griechische und türkische NationalistInnen. Seit der nunmehr fast vier Jahrzehnte andauernden Besetzung des Inselnordens stehen die Vereinigung der beiden Inselteile und die Versöhnung der Bevölkerungsgruppen – neben starkem gewerkschaftlichen Engagement – im Zentrum des politischen Wirkens der AKEL.<sup>1</sup>

Die im Jahr 1990 beschlossene Sozialismuskonzeption bezog sich positiv auf die Werte des Marxismus-Leninismus, behielt dessen Terminologie bei und forderte weiterhin die Parteidisziplin ein, die einstmals für alle prosowjetischen Parteien galt. Seitdem hat sich für die AKEL keine Notwendigkeit einer theoretischen Neuausrichtung ergeben. Auch sprechen die politischen Resolutionen der AKEL bis in die Gegenwart hinein eine deutliche Sprache und beinhalten eine grundsätzliche Verurteilung des Kapitalismus, des Neoliberalismus und des

Nato-Imperialismus, mithin eine generelle Antipathie gegenüber den Entwicklungen der letzten 25 Jahre. Auch mit Kritik an der EU wird nicht gespart: «Der 21. Kongress der AKEL bestätigt die Position der Partei, dass die Europäische Union eine fortgeschrittene Form der politischen und ökonomischen Integration des Kapitalismus ist.»<sup>2</sup> Vehement hält die AKEL an den «Errungenschaften des Realsozialismus» fest und bedauert, dass andere kommunistische und linke Parteien ihre Herkunft und ihren eigenen Charakter zunehmend infrage stellen.

Jenseits aller Ideologie und überkommener Namen für Parteigremien hat sich jedoch schon lange Pragmatismus in der Partei eingestellt. Giannakis Colokasidis erklärte als Mitglied des Politbüros, des höchsten Parteigremiums, die Partei werde auf Zypern solange keine revolutionäre Politik verfolgen, solange international der Kapitalismus herrsche. Aufgrund ihrer Geschichte, die eng mit den Kämpfen um die Selbstbestimmung Zypern verbunden ist, bestehe aber ebenso wenig Anlass, sich vom Kommunismus loszusagen.

Neben der konservativen-liberalen Demokratischen Versammlung (DISY) ist die AKEL seit der türkischen Invasion 1974 die bestimmende Partei auf der Insel. Sie ist stark in den gesellschaftlichen Institutionen Zyperns verankert und verfügt über eine Wählerbasis, die weit über traditionelle linke Milieus hinausreicht.

1 Zur ideologischen und programmatischen Ausrichtung der AKEL vgl. Marioulas, Julian: Die AKEL auf Zypern, in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Cornelia/Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin 2010. 2 Vgl. [http://www.akel.org.cy/media/International%20Meeting%202010/political\\_resolution\\_of\\_the\\_21st\\_congress\\_of\\_AKEL.doc](http://www.akel.org.cy/media/International%20Meeting%202010/political_resolution_of_the_21st_congress_of_AKEL.doc).

Der Umstand, dass die AKEL Teil eines etablierten Parteiensystems ist, geht einher mit einer institutionellen Korruption. Im März veröffentlichte die griechische Zeitung *Ethnos* eine an die Ethikkommission des zyprischen Parlaments adressierte Liste. Sie belegte, dass – mit Ausnahme der vergleichsweise kleinen sozialdemokratischen EDEK und den ebenfalls nicht sehr einflussreichen GRÜNEN – VertreterInnen aller Parteien und parteinahen Organisationen enorme Kreditsummen im Einvernehmen mit den lokalen Banken streichen ließen. Die AKEL ist nicht nur durch den Fall eines Parlamentariers betroffen: Der ihr verbundenen Gewerkschaftsvereinigung PEO wurden 193.000 Euro an Schulden erlassen, und eine ebenfalls den Kommunisten nahestehende Hotelgesellschaft konnte sich gar einer Schuldenlast von 2,8 Millionen Euro entledigen. Dabei ist Bestechlichkeit niemals in dem Ausmaß in Zypern präsent gewesen wie in anderen Ländern an der europäischen Peripherie. Im Gegenteil, auf dem Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) von Transparency International erreichte der Inselstaat 2012 einen respektablen 29. Platz. Nun stehen die Parteien und ihre VertreterInnen angesichts der Krise unter stärkerer Beobachtung.

#### **EINE PRÄSIDENTSCHAFT MIT VIELEN PROBLEMEN**

Als Dimitris Christofias 2008 als erster Kandidat der AKEL das Amt des zyprischen Präsidenten übernahm, stellte er die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der türkisch-zyprischen Seite ins Zentrum seiner Politik. Mit diesem Projekt ist er gescheitert, wobei auch Entwicklungen eine Rolle spielten, die er nicht zu verantworten hatte, allen voran die Wahl eines nationalistischen Kandidaten zum Vertreter der InseltürkInnen.<sup>3</sup> Schwerer noch als die Tatsache, dass Christofias den schon 80 Jahre dauernden anticolonialen Kampf seiner Partei nicht zu einem erfolgreichen Ende bringen konnte, lastet ein anderer Makel auf seiner Präsidentschaft.

Am 11. Juli 2011 explodierten Container voller Munition auf der Marinebasis Evangelos Florakis, wenige hundert Meter vom größten Energiekraftwerk der Insel entfernt. 13 Menschen starben, und das Kraftwerk wurde stark beschädigt. Die Schadenshöhe betrug rund zehn Prozent des jährlichen BIP Zyperns.

Die Container gehörten zu einer zwei Jahre zuvor konfiszierten illegalen Waffenlieferung des Iran an Syrien. Christofias selbst hatte, dem veröffentlichten Untersuchungsbericht zufolge, dem syrischen Präsident al-Assad die Aufbewahrung der Munition versprochen und ihre Vernichtung verhindert, obwohl er über die Gefahren der Lagerung informiert gewesen sei. Während der Außen- und der Verteidigungsminister infolge der Katastrophe zurücktraten, bestritt der Präsident jede persönliche Verantwortung. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt wird er sich nun wahrscheinlich vor Gericht den Klagen der Angehörigen der Toten stellen müssen.

Zum Zeitpunkt des Unglücks auf der Marinebasis befand sich die zyprische Wirtschaft bereits inmitten einer Rezession. Dafür waren mehrere Umstände verantwortlich. Seit 2008 zeigte der Immobilienmarkt eine deutliche Abkühlung, die zwar nicht so stark wie in anderen südeuropäischen Ländern ausfiel, nichtsdestotrotz aber zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung führte. Infolge der weltweiten Finanzkrise litten auch der Tourismus- und der Schifffahrtssektor, die auf der Insel von enormer Bedeutung sind. Vonseiten der Opposition wurde der Ruf nach Abschaffung der Lohnindexierung (genannt COLA) auf Zypern

lauter, der die periodische Anhebung des Lohns für gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte vorsieht. Der IWF hatte die Lohnindexierung bereits seit dem Jahr 2000 fortwährend in seinen Länderberichten angeprangert. Für die AKEL stellte dagegen die Beibehaltung von COLA ein zentrales politisches Anliegen dar.

Die Regierung selbst hatte zunächst auf die Wirtschaftskrise mit einem Investitionspaket von rund 300 Millionen Euro reagiert. Davon entfielen 51 Millionen Euro auf die Subventionierung des Touristikbereiches, während 245 Millionen Euro für staatliche Bauprojekte, überwiegend im sozialen Wohnungsbau, und für Darlehen an einkommensschwache Familien vorgesehen waren. Sozialleistungen und Arbeitslosengeld waren bereits infolge von eingelösten Wahlversprechen erhöht worden und belasteten in dieser Situation den Staatshaushalt. Gleichwohl hätten die Zeichen in der Wirtschaft auf Erholung gestanden, wenn es nicht zu der katastrophalen Explosion gekommen wäre. Die Beschädigung des Kraftwerks führte zu Engpässen bei der Strom- und Wasserversorgung, was die wirtschaftlich schon angespannte Situation verschärfte. Im September 2011 stuften dann alle Rating-Agenturen die Kreditwürdigkeit Zyperns herab. Der nächste Rückschlag erfolgte kurz darauf.

Im Laufe des Jahres 2011 wurde deutlich, dass die EU in Bezug auf Griechenland einen Schuldenschnitt («Haircut») von etwa 50 Prozent beschließen würde. Es war klar, dass davon auch die zyprischen Banken betroffen sein würden, schließlich besaßen sie griechische Schuldscheine im Wert von 22 Milliarden Euro – eine Summe, die das Gesamt-BIP Zyperns überstieg.<sup>4</sup> Später sollte Präsident Christofias nicht müde werden, den Schuldenerlass als wichtigsten Grund für die Bankenkrise auf Zypern zu bezeichnen – was zweifelsohne zutrifft. Das Problem dabei ist, dass seine Regierung die EU-Beschlüsse abgesegnet hat. Athanasios Orphanidis, bis April 2012 Präsident der zyprischen Zentralbank, beschuldigte deswegen den Präsidenten im Juni desselben Jahres, nichts getan zu haben, um diesen absehbaren Schaden von den zyprischen Banken fernzuhalten. Natürlich kann man darüber diskutieren, ob es überhaupt einen Entscheidungsspielraum der zyprischen Regierung gegenüber den mächtigeren EU-Staaten gegeben hat. Der zyprische Finanzminister Vassos Shiarlis räumte jedenfalls damals schon ein, dass es ein Fehler gewesen sei, die Bedingungen zu akzeptieren.

Im Januar 2012 konnte die Regierung einen Kredit über 2,5 Milliarden Euro aufnehmen, der zur Tilgung bestehender Verpflichtungen und für Regierungsausgaben aufgewandt wurde. Im März kam es zu einer weiteren Abstufung durch die Rating-Agenturen, und im Juni wandte sich Zypern schließlich an die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), um über Finanzhilfen für Zypern zu verhandeln. Als diese im November schließlich beschlossen wurden, waren sie mit einem Paket von Sparauflagen verbunden. Das sogenannte Memorandum umfasst als zentrale Maßnahmen eine abgestufte Kürzung der Lohn- und Rentenbezüge, die Aussetzung des COLA bis 2015, die Streichung von 5.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor bis 2016, höhere Im-

<sup>3</sup> Da es hier nicht um die Zypernfrage geht, sei dafür verwiesen auf Morelli, Vincent: *Cyprus: Reunification Proving Elusive*, Congressional Research Service, Washington 2013; im Internet einsehbar unter: [www.fas.org/spp/crs/row/R41136.pdf](http://www.fas.org/spp/crs/row/R41136.pdf). <sup>4</sup> Von einer strukturellen Krise des Bankensektors zu sprechen, ist allerdings verfehlt, da die Banken stark unterschiedliche Profile aufweisen. Sie waren aber alle mit griechischem Kapital verbandelt. Dieser Umstand hätte angesichts der sich verschlechternden Situation in Griechenland eine Warnung sein müssen.

mobilensteuern und eine Anhebung der Mehrwertsteuer um zwei Prozent. Die Verhandlungen mit der Troika waren vor allem ein Ringen darum, solch fatale Bedingungen abzuwehren, die zu einem Austeritätsdesaster wie in Griechenland geführt hätten.

Zu diesem Zeitpunkt neigte sich die Präsidentschaft von Dimitris Christofias bereits ihrem Ende zu. Im Mai 2012 hatte er angekündigt, nicht erneut als Kandidat seiner Partei bei den Präsidentschaftswahlen anzutreten. Als Grund nannte er das Scheitern der Verhandlungslösung im Zypernkonflikt, dem Kernprojekt seiner Präsidentschaft. Das war nur konsequent, hatte er doch schon bei seinem Amtsantritt eine erneute Kandidatur an den Erfolg der Verhandlungen geknüpft. Eine Wiederwahl wäre allerdings auch ohne expliziten Verzicht äußerst unwahrscheinlich gewesen, bewegte sich doch die Zustimmung zum Präsidenten damals bei gerade einmal 20 Prozent. Dazu hat wohl auch die desaströse Bilanz der Regierung in der Beschäftigungspolitik beigetragen: Anfang Februar 2013 betrug die Arbeitslosenquote 14,7 Prozent, vier Jahre zuvor hatte sie bei gerade einmal 4 Prozent gelegen. Die AKEL stellte jedenfalls im Juli 2012 den parteilosen Gesundheitsminister Stavros Malas als ihren Kandidaten auf.

Dimitrios Christofias hatte in den vorangegangenen Jahren ein besonderes Talent dafür entwickelt, die Schuld für Verfehlungen seiner Regierung bei anderen zu suchen. Als die heute insolvente Marfin Bank im Jahr 2009 ihren Firmensitz nach Griechenland verlegen wollte, rügte der Präsident die Zentralbank und namentlich Athanasios Orphanidis dafür, diesen Umzug nicht zu verhindern. Im Folgenden setzte sich Christofias mit anderen Inselepolitikern erfolgreich für den Verbleib der Marfin Bank auf Zypern ein. Als später die prekäre Finanzlage der Bank deutlich wurde, wollte er von seinem Engagement nichts mehr wissen. Wie schon nach der Explosion auf der Militärbasis bestritt er, Fehler begangen zu haben. Stattdessen machte er in seiner Rede zur Verabschiedung des Memorandums die internationale Finanzkrise, das zyprische Bankensystem und den nunmehr zurückgetretenen Chef der Zentralbank dafür verantwortlich, dass man die Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und IWF um Hilfe habe angehen müssen.<sup>5</sup>

Auch in seiner Partei, der AKEL, hat es bisher keine offizielle Auseinandersetzung mit den Folgen des von ihr verabschiedeten Memorandums gegeben. Ihre ParteivertreterInnen sahen in den Maßnahmen ein notwendiges Übel, unter dem die Beschäftigten am wenigsten zu leiden hätten. Ganz ähnlich argumentierte der parteinahe Gewerkschaftsbund PEO. Er verurteilte zwar die Sparmaßnahmen, aber diese würden vor allem den Willen der Troika, nicht der zyprischen Regierung ausdrücken. Außerdem wäre es unter einer anderen Regierung zu noch härteren Einschnitten gekommen.

In dem alsbald ausbrechenden Finanzchaos kam auch ein anderes Thema in die Schlagzeilen. Obwohl sich Zypern seit Jahrzehnten dem Vorwurf ausgesetzt sieht, ein Zentrum des Offshore-Banking zu sein, spielte das in programmatischen Debatten der AKEL oder der anderen Parteien nie eine größere Rolle. Auch unter der Regierung Christofias kam es zu keinen substanziellen Initiativen in Bezug auf den Finanzplatz Zypern oder seinen Bankensektor. Stattdessen wurde abgewiegelt.

Im November 2012 erklärte der Pressesprecher der AKEL, Giorgos Loukaidis, in Replik auf einen Artikel des *Spiegel*, Zypern sei weder eine Steueroase noch ein Ort für illegale Geldwäsche. Diesem falschen Eindruck müsse energisch widersprochen werden. Nachdem nicht mehr der Zypernkonflikt,

sondern der Finanzsektor des Inselstaats im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit steht, werden die Rufe nach einer stärkeren Aufsicht von Offshore-Geschäften lauter werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage zu klären sein, inwiefern russisches Kapital unter veränderten Bedingungen auf der Insel verbleiben kann. Viel wird von der Umgestaltung des zyprischen Bankensektors abhängen, wobei ein vollkommener Exodus russischer Kapitalanlagen auszuschließen ist, da es sich nicht nur um Finanzkapital, sondern auch um Immobilienbesitz handelt und es eine große russische Community in Zypern, besonders in Limassol, gibt, die in der Realwirtschaft über beträchtlichen Einfluss verfügt.

Sollten die europäischen Kommissare aus Brüssel versuchen, den Finanzplatz Zypern nach ihren Wünschen umzugestalten, so ist der Zeitpunkt dafür jetzt günstig. Eine EU-Delegation, die Vorwürfen der Geldwäsche nachgehen soll, befindet sich seit Ende März 2013 auf der Insel. Die Debatte darüber nicht früher geführt zu haben ist ein Versäumnis der gesamten politischen Elite Zyperns.

## ZURÜCK IN DIE OPPOSITION UND AUF DIE STRASSE

Am 24. Februar 2013 ging Nikos Anastasiades von der DISY aus dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen als Sieger hervor, ein typischer, gut vernetzter Parteipolitiker. Er befürwortete ausdrücklich die damalige EU-Politik und stellte in seinem Wahlprogramm ökonomische Reformen in den Vordergrund, beginnend mit dem Abschluss der laufenden Verhandlungen über einen weiteren Bailout der zyprischen Banken.

Mit seiner Haltung stand Anastasiades nicht allein. Auf Zypern überwog zu diesem Zeitpunkt die Befürwortung für ein weiteres Memorandum. Das Ansehen der Europäischen Union war bei weitem noch nicht so beschädigt wie in den Ländern Südeuropas, die unter dem Diktat der EZB und des IWF wirtschaftlich und sozial zu leiden haben. Selbst Stavros Malas wies als Kandidat der AKEL darauf hin, dass die neue Verhandlungsrunde mit den europäischen Geldgebern unvermeidlich sei. Die Voraussetzungen dafür, dass ein für alle Seiten annehmbarer Kompromiss gefunden würde, waren also nach der Wahl von Anastasiades gegeben.

Statt jedoch die Verhandlungsbereitschaft aufzugreifen, die ihnen die Zyprer entgegenbrachten, nutzte die Troika die Wahl des Pro-Europäers Anastasiades, um mit brachialer Gewalt ihren Willen durchzusetzen. Mitte März, ganze zwei Wochen nach seiner Amtseinführung, machte sie ihre Forderungen öffentlich: eine Abgabe auf alle Sparvermögen von mehr als 100.000 Euro in Höhe von 9,9 Prozent; zugleich sollten auch alle Bankguthaben von weniger als 100.000 Euro mit 6,75 Prozent zur Kasse gebeten werden. Die EZB unterstrich ihre Forderungen mit einer unmissverständlichen Drohung: Sollten diese Bedingungen nicht umgehend angenommen werden, werde sie innerhalb weniger Tage jegliche laufende Finanzierung für die zyprischen Banken einstellen. Ex-Zentralbank-Präsident Orphanidis bezeichnete dies als Erpressung von Seiten der EU und Deutschlands – und erhielt dafür Zustimmung vom Wirtschafts-nobelpreisträger Paul Krugman.

Die Forderungen der Troika lösten selbst in der liberalen Presse europaweit einen Sturm der Entrüstung aus, da die EU mit zwei Prinzipien brach, die sie in der Bankenkrise

<sup>5</sup> Für eine kurze Übersicht der Fehlentscheidungen im Bankensektor vgl. President Christofias has brought Cyprus to this sorry state; im Internet einsehbar unter: <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/dec/19/demetris-christofias-cyprus-sorry-state>

aufgestellt hatte, um ein Mindestmaß an Sicherheit für die Bankkunden zu gewährleisten und Spekulationen nicht zu sehr ausufern zu lassen. Zum einen war dies die Garantie für Spareinlagen von bis zu 100.000 Euro, zum anderen sollten Finanzinstitutionen und andere Gläubiger entsprechend der Menge ihrer Anleihen zur Kasse gebeten werden, wenn es zu einer Bankenrettung kommen musste. Beides wurde nun außer Kraft gesetzt. Durch sein Akzeptieren dieses selbst für EU-Maßstäbe absurden «Rettungspakets» war Anastasiades in der Inselpolitik isoliert. Der Koalitionspartner, die Demokratische Partei (DIKO), machte rasch deutlich, dass seine Abgeordneten gegen die Maßnahmen stimmen würden, und auch in seiner eigenen Partei herrschte alsbald allgemeine Empörung. Als der eilig eingebrachte Gesetzesentwurf am 20. März zur Abstimmung kam, enthielt sich die DISY, während alle anderen Parteien geschlossen dagegen stimmten.

Ins Visier der Kritik geriet nicht nur Jeroen Dijsselbloem als Chef der Eurogruppe, sondern vor allem der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble: Er warnte Zypern eindringlich vor einer Ablehnung der Troika-Bedingungen und malte für diesen Fall Untergangsszenarien an die Wand. Es sei fraglich, ob die Banken dann überhaupt wieder öffnen könnten. In scheinbar völliger Unkenntnis der Ursachen für ihre finanzielle Notlage sprach er nach dem Scheitern des Gesetzesentwurfs davon, dass das gesamte zyprische Geschäftsmodell nicht überlebensfähig gewesen sei und die Insel ihren Finanzmarkt ganz neu überdenken müsse. Dass die unterschiedlichen Banken ganz verschiedene Geschäftsmodelle verfolgten und daher auch in unterschiedlichem Maße von der Krise betroffen waren, nahm er augenscheinlich nicht zur Kenntnis. Das sture Beharren auf den angeblich alternativlosen Konzepten der Austeritätspolitik sowie der ungeheure Druck der deutschen Regierung auf den souveränen Inselstaat haben ihrem Ansehen geschadet. Nun spricht man auch auf Zypern von «deutschen Besatzern».

Am 28. März setzte sich die oppositionelle AKEL an die Spitze der Protestbewegung und organisierte eine Demonstration mit 1.500 TeilnehmerInnen vor dem Präsidentenpalast, in dem einen Monat zuvor noch Christofias aus dem Amt verabschiedet worden war. Die Parteiführung plädiert derzeit dafür, das nächste Memorandum einer Volksabstimmung zu unterziehen und setzt sich für eine strafrechtliche Untersuchung des Geschehens im Bankensektor ein. In Zusammenarbeit mit ExpertInnen und TechnokratInnen arbeitet sie zurzeit an Alternativen zu den Bedingungen der Troika.

## PERSPEKTIVEN FÜR DIE AKEL

Den Kommunisten ist zu bescheinigen, dass sie die Sparmaßnahmen zwar als notwendiges Übel akzeptieren, dass sie diese aber inhaltlich nicht vertreten haben. Das entbindet sie jedoch nicht von der Verantwortung, ihre Regierungspolitik der vergangenen fünf Jahre einer gründlichen Analyse zu unterziehen und sich dabei der unliebsamen Tatsache zu stellen, dass es eine von der AKEL geführte Regierung war, die Mitschuld an der zyprischen Misere trägt. Bislang hat sie es vollständig versäumt, Verantwortung für die eigene Politik zu übernehmen und Fehler nicht nur im globalen Kapitalismus zu suchen. Die AKEL sollte aber noch einen Schritt weitergehen und ihre Rolle im politischen Gefüge der Insel überdenken. Dies heißt nicht, Abschied von der kommunistischen Identität zu nehmen, aber es reicht für ihre EntscheidungsträgerInnen nicht länger aus, den Kommunismus als Herzensangelegenheit zu betrachten.

Bei einer neuen Ausrichtung sollte die Partei auch die Beziehungen zu ihren Koalitionspartnern analysieren, die sich im Laufe der letzten Jahre enorm verschlechtert haben. Dies geschah infolge der Verhandlungen mit dem türkischen Inselnorden, bei denen sich Christofias in den Augen seiner wichtigsten Verbündeten, der sozialdemokratischen EDEK und die gemäßigt nationalistische DIKO, als zu nachgiebig gezeigt habe. Anfang 2010 war es zunächst die EDEK, die aus der Koalition ausschiede, ein Jahr später dann auch die DIKO. Die Gräben sind nicht unüberwindlich, aber es wird nicht ausreichen, nur in der Opposition geeint zu sein. Neue Bündnisse gegenüber den Parteien der Mitte werden zukünftig eine im Voraus beschlossene gemeinsame Linie erfordern, um stabile Regierungen zu ermöglichen.

Vom Standpunkt des politischen Kalküls aus war es sicher opportun, die Verabschiedung des zweiten Memorandums auf die Zeit nach der Präsidentenwahl zu verschieben. Nun kann sich die AKEL als stärkste Oppositionskraft gegen Brüssel, IWF, EZB und Austeritätspolitik präsentieren. Dies wird für den Moment ausreichen, um enttäuschte AnhängerInnen zu mobilisieren. Infolge der Verarmung größerer Bevölkerungsgruppen werden sich deren traditionelle Parteibindungen jedoch lockern, und langfristig wird auch die AKEL ihre dominierende Stellung innerhalb der Linken nicht in dem derzeitigen Ausmaß halten können.

Es ist zu erwarten, dass sich die Kommunisten mittelfristig neu positionieren werden. Die Aufstellung von Stavros Malas, einem Kandidaten ohne kommunistischen Hintergrund und als Arzt auch ohne größere politische Erfahrung, war bereits ein Schritt in diese Richtung. Nach einer Generation, die noch in den realsozialistischen Staaten studiert hat, gehen die Führungspositionen langsam an jüngere PolitikerInnen, ein Trend, der sich auf dem nächsten Parteitag im Jahr 2015 noch weiter verstärken dürfte. Bereits jetzt spekulieren die zyprischen Medien darüber, dass auch eine ideologische Neuorientierung, vielleicht sogar eine «Sozialdemokratisierung» anstehen könnte. Dies scheint aber angesichts der fortwährenden Krise des Kapitalismus eher liberalem Wunschdenken zu entspringen. Eine vollständige Aufgabe der kommunistischen Identität würde der Partei schaden und wäre auch pragmatisch gesehen der falsche Schritt. Wichtiger ist es, dass die AKEL aus den Erfahrungen und Fehlern der Regierungszeit lernt und eine langfristige Perspektive für ein souveränes Zypern als Teil der globalisierten Welt erarbeitet.

Julian Marioulas ist Ortslektor an der Universität für Wissenschaft und Technik Qingdao in China. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Parteienanalyse mit regionalem Schwerpunkt auf Griechenland und Zypern.

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
V. i. S. d. P.: Henning Heine  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de  
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)  
Redaktionsschluss: Mai 2013  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling